

Was kann ich tun?

Wer wir sind und was wir machen

- SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern schließen sich zusammen und protestieren gegen geplante Bundeswehrbesuche an der Schule

- Friedens-, antimilitaristische und andere Gruppen informieren in der Stadt über die Hintergründe der Bundeswehr-Werbung

- An der Schule wird über die Schulkonferenz beschlossen, dass Bundeswehr-Besuche nicht erwünscht sind. Eine Schule kann sich auch öffentlich zur „Bundeswehr-freien Schule“ erklären

- Lässt sich der Bundeswehr-Auftritt nicht verhindern, können Friedensgruppen vor der Schule und SchülerInnen, und Lehrer in der Schule dagegen protestieren

- Will man die Bundeswehr-Werbung nicht unwidersprochen lassen, kann man sich dafür einsetzen, dass auch Vertreterinnen der Friedensbewegung in die Schule eingeladen werden.

- Bitte informiert/informieren Sie uns über Bundeswehr-Auftritte an Schulen
Aktionsbeispiele und mehr zu den Möglichkeiten, gegen Bundeswehr-Werbung aktiv zu werden auf unserer Homepage www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Wir, das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“, sind ein offener Zusammenschluss von Friedensgruppen, antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen, Jugendverbänden für den Frieden, SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften.

Wir fordern

- Die ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung!
- Eine Erziehung zum Frieden und Humanismus!

Wir bieten

- ReferentInnen
- Informationsmaterialien für Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen und alle weiteren Interessierten
- Unterstützung von SchülerInnenvertretungen und Schulen dabei sich kurz- und langfristig gegen Bundeswehrauftritte zu wehren

Bundeswehr wegtreten | DFG-VK NRW | DGB Jugend NRW | Kölner Friedensforum | Landes SchülerInnenvertretung NRW | Linksjugend NRW | Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden | Schule ohne Bundeswehr Köln | SDAJ Rheinland u. Ruhr/Westfalen | VVN-BdA NRW

Schule ohne Bundeswehr NRW
c/o DFG-VK NRW
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
info@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Steuerabzugsfähige Spenden für unsere Arbeit unter dem Stichwort „Schule ohne Bundeswehr“ an das Konto des DFG-VK Bildungswerk NRW, Kto: 001 059 181, BLZ 440 501 99, Sparkasse Dortmund



www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Was ist überhaupt los?

Die Bundeswehr drängt mit breit angelegten Werbefeldzügen in den letzten Jahren immer stärker in die Öffentlichkeit und erreichte dabei allein im Jahr 2010 knapp eine Millionen Jugendliche.

Eine 2008 abgeschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium räumt der Bundeswehr neue exklusive Rechte ein.

Dazu zählen unter anderem

- Die Aus- und Fortbildung von LehrerInnen
- Die Gestaltung von Unterrichtsstunden um die SchülerInnen über Militärpolitik zu informieren
- Einladung zum „Tag der offenen Tür“ oder zu Studienfahrten in Kasernen
- Waffenschauen und Schießsimulationen

Warum ist das so?

Ursache dieser Entwicklung ist der politische Wille der Regierung, die Bundeswehr radikal auf Kriegseinsätze in aller Welt auszurichten. Für solche Kriegseinsätze wie in Afghanistan werden vor allem Berufs- und Zeitsoldaten gebraucht und verschlissen. Vor diesem Hintergrund sind auch das zu begrüßende Aussetzen der Wehrpflicht und der Umbau der Bundeswehr zu einer flexibleren

Berufsarmee keine friedenspolitische Maßnahmen. Diese Politik ist, wie etwa auch der Afghanistankrieg, gegen die Meinung und die Interessen der Mehrheit der Jugend und der Bevölkerung gerichtet. Auf Grund des steigenden Nachwuchsbedarfs der Bundeswehr bei gleichzeitigem Akzeptanzproblem soll nun verstärkt in den Schulen geworben werden.

Unsere Kritik!

Die Unterrichtseinheiten der Bundeswehr sollen SchülerInnen insbesondere von der Notwendigkeit deutscher Kriegseinsätze und den Vorteilen des Soldatenberufs überzeugen.

Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit oder Hartz-IV betroffen sind verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht damit gezielt diejenigen zu ködern, die keine Perspektive für ihre berufliche Zukunft sehen. Erst diese fehlende Aussicht auf eine sichere Zukunft macht das Leben als Soldat für Jugendliche, trotz aller Gefahren, attraktiv.

Dass man bei der Bundeswehr zwangsweise in den Krieg geschickt wird, fällt in den schönen Werbeauftritten oft hinten runter. SoldatInnen müssen bereit sein, auf Befehl

Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden.

Durch die Bundeswehr wird an der Schule die unmittelbare Regierungspolitik beworben. Damit wird auch die Neutralität der Schule verletzt. Ihr Bildungsauftrag ist vor Allem dem Friedensauftrag des Grundgesetzes verpflichtet. Auch das Schulgesetz von NRW schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll, diese Arbeit können am besten qualifizierte LehrerInnen selbst bewältigen.

Wir sind der Ansicht, dass Jugendliche ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein gemeinsames Leben in Frieden haben. Wir verwehren uns gegen eine zweckgeleitete Kriegspropaganda an unseren Schulen

Das Militär hat an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an Schulen geben. Weg mit Unterrichtseinheiten, die SchülerInnen auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten. Weg mit Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.